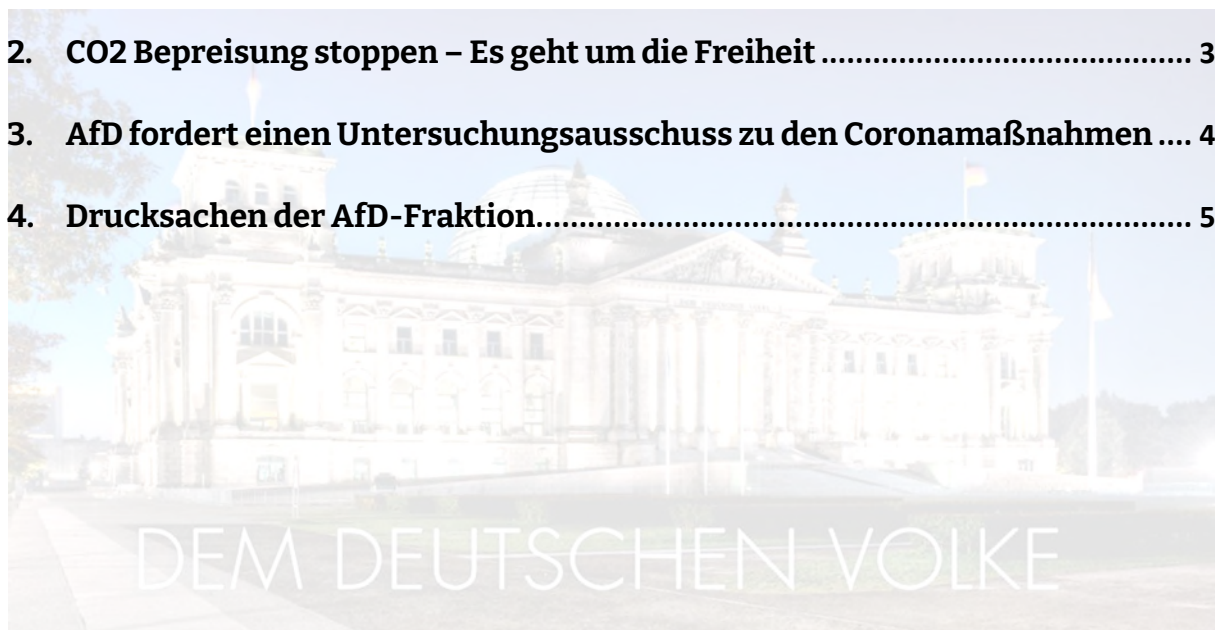




Inhalt

1. **Bankrotterklärung des Bundeskanzlers 2**
2. **CO2 Bepreisung stoppen – Es geht um die Freiheit 3**
3. **AfD fordert einen Untersuchungsausschuss zu den Coronamaßnahmen 4**
4. **Drucksachen der AfD-Fraktion..... 5**



1. Bankrotterklärung des Bundeskanzlers

Die finanziellen und politischen Strategien der Ampel-Koalition stehen vor einem Wendepunkt. Ihre Versuche, die Grenzen der Verfassung durch kreative Haushaltsführung zu umgehen – sei es durch die zweckfremde Verwendung von Notfallkrediten oder die Verschleierung von Schulden in Sondervermögen – wurden als verfassungswidrig entlarvt. Es ist nun unerlässlich, dass die Haushaltsplanungen auf einem verfassungstreuen Fundament neu aufgebaut werden.

Diese Entwicklungen werfen ein kritisches Licht auf die Regierungsführung. In finanzieller, ethischer und politischer Hinsicht offenbart sich das Versagen der Regierung. Des Weiteren steht fest, dass zentrale Vorhaben der Koalition, wie die Energiewende, die Förderung eines CO₂-neutralen Standorts und eine liberale Einwanderungspolitik, angesichts der aktuellen finanziellen Lage nicht realisierbar sind. Um das Land verantwortungsvoll und im Einklang mit der Verfassung zu leiten, ist ein fundamentaler Kurswechsel in diesen Bereichen unabdingbar. Wie sagte Alice Weidel so schön: „Das Volk wartete nicht auf eine Regierungserklärung, sondern auf eine Rücktrittserklärung des Kanzlers!“

Jörn König konstatiert: „Diese Regierung kann es nicht! Wie viele Bankrotterklärungen einer Regierung soll das deutsche Volk noch verkraften? Die Schuldenbremse sei zu starr heißt es aus Regierungskreisen. Die haben wohl nicht mehr alle Latten am Zaun. Diese Grenze hat Verfassungsrang und diese Verfassungsbrecher wollen jetzt trotz des sehr deutlichen Denkkzettels vom Bundesverfassungsgericht trotzdem eine Notlage ausrufen, um noch mehr Schulden aufzunehmen. Und das in Zeiten, in denen der Staat 1.000 Milliarden zur Verfügung hat- jetzt wollen sie auch noch die Verfassung ändern, um kräftig weiter Geld für grüne Unsinnprojekte zu verschleudern. Man kann die Verfassung aber nicht einfach nach Lust und Laune ändern, wie einem der Schuh wächst. Eine politische Wende muss her!“

Die AfD-Bundestagsfraktion hat zu diesem Thema einen besonderen Antrag in den Bundestag eingebracht. Demnach soll im Strafgesetzbuch eine neue Strafvorschrift eingefügt werden, nach der ein Amtsträger, der die Ausgabe öffentlicher Mittel bewilligt oder vornimmt und dabei wesentlich haushaltsrechtliche Vorschriften missachtet, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden soll. Denn die verfassungswidrigen Haushalte der Ampel sind vor allem eins: Ein grenzenloser Betrug an den deutschen Bürgern, bei der Mittel zweckentfremden werden für die eigenen Zwecke.

2. CO2 Bepreisung stoppen – Es geht um die Freiheit

Freiheit und Selbstbestimmung bei der Nutzung von Energie ist eine wesentliche Grundlage der Marktwirtschaft, es gibt keine Rechtfertigung für Verbote. CO2-Bepreisungen und entsprechende Grenzausgleichsmechanismen verlagern durch hiesige Verteuerung die Nachfrage bzw. die Produktion vor allem in die aufstrebenden Schwellenländer, sodass der CO2-Ausstoß weltweit insgesamt nicht sinkt.

Die Bundesregierung betreibt mit ihren rigorosen Maßnahmen und einem nie dagewesenen Eingriff in die Marktwirtschaft eine Politik der Deindustrialisierung. Sie führen uns in eine Wirtschaftskrise. Die in der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren zugemuteten substanziellen Standortnachteile führen, neben den teils durch die CO2-Bepreisung getriebenen Energiekosten, zu signifikanter Abwanderung von Wertschöpfung und dürfte die vorherrschende Rezession verstetigen oder gar deutlich verstärken.

Jörn König erklärt: „In einer solchen Zeit die völlig überflüssige und rein ideologische CO2 Steuer sogar noch um 33% zum 01.01.2024 zu erhöhen, ist ein katastrophales Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Unsere Wirtschaft ist auch günstige Energie ausgerichtet. Die gibt es auch zur Genüge. Man darf sie nur nicht mit grünem Klimarettungswahn in die Tonne treten und systematisch aus Deutschland verbannen. Wir sind gegen eine Abwanderung der Industrie. Schade, dass wir damit im Deutschen Bundestag allein dastehen. Wer hätte so etwas vor 30 Jahren für möglich gehalten?“

Die AfD Bundestagsfraktion hat aus diesem Grund eine erneute Initiative zur Abschaffung der CO2 gestartet, statt diese zum Jahreswechsel zu erhöhen. Darin fordert sie, das Brennstoffemissionshandelsgesetz und das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (BEHG, TEHG) schnellstmöglich vollständig und ersatzlos zu streichen sowie die Umsetzung aller entsprechenden EU-Verordnungen und Richtlinien wie den sogenannte Green Deal der EU sowie damit verbundene Regulierungen wie den CO2-Grenzausgleich sofort zu beenden.

3. AfD fordert einen Untersuchungsausschuss zu den Coronamaßnahmen

Die Schulschließungen, Ausgangssperren, 2G- oder 3G-Regeln und viele weitere Maßnahmen der Regierung liegen teilweise noch nicht einmal zwei Jahre zurück und scheinen trotzdem bei einigen bereits in Vergessenheit geraten zu sein. Zwischen 2020 und 2022 wurde immer wieder betont, dass wir doch in einer Krisensituation seien und die Zeit der Aufarbeitung und Evaluation der einzelnen Maßnahmen erst später erfolgen könne. Bisher ist das Interesse der Regierung an einer konsequenten Aufarbeitung nicht zu erkennen. Die massiven Beschränkungen der Freiheit und des Grundgesetzes scheinen keine Priorität bei den Parlamentariern der Altparteien zu haben.

Inzwischen ist einer immer breiteren Öffentlichkeit bewusst, dass die Regierung schon früh von schweren Nebenwirkungen bis hin zu Todesfällen bei den sogenannten mRNA-Impfstoffen wusste. Die vorliegenden Daten zeigen, dass Ungeimpfte sogar mit geringerer Wahrscheinlichkeit auf einer Corona-Intensivstation behandelt werden mussten. Darüber hinaus wurde nun durch eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion offenbar, dass das Datenchaos bei der Regierung wesentlich größer ist als bisher angenommen. Die positiven Auswirkungen der Regierungsmaßnahmen sind kaum messbar. Insbesondere haben 2G- und 3G-Regelungen alleine dazu geführt, dass mehr Menschen gegen ihren Willen zu einer Impfung genötigt wurden. Der Effekt auf das Infektionsgeschehen war hingegen nicht nachweisbar.

Jörn König meint: „Die Regierung rettet sich von einer sogenannten Krise in die nächste, in der Hoffnung, dass die Menschen vergessen, was ihnen durch die Regierungspolitik alles angetan wurde. Die Coronamaßnahmen haben einen beispiellosen Riss in unserer Gesellschaft hinterlassen, der sich durch Arbeitsverhältnisse, Freundschaften und sogar durch Familien zieht. Die Ablehnung der Impfpflicht im Bundestag Anfang 2022 hätte der Startschuss für die Aufarbeitung der Maßnahmen sein müssen. Diesen Zeitpunkt haben die Verantwortlichen verschlafen und kehren das Thema nun unter den Teppich. Die AfD fordert die Aufarbeitung durch einen Untersuchungsausschuss. Nur die Wahrheit ist das Fundament, auf dem wir in eine gemeinsame Zukunft blicken können.“

4. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/9255 [Drucksache als PDF](#) Hamas-Angriffe in Israel und die Aktivitäten der Hamas in Deutschland -20/8948-
- 20/9270 [Drucksache als PDF](#) Ausgaben und Definition der Bundesregierungen für den sogenannten Kampf gegen rechts -20/8985-
- 20/9307 [Drucksache als PDF](#) Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Zusammenhang mit der Förderung von Inklusion von LSBTI-Personen und Menschen mit Behinderungen -20/8851-
- 20/9401 [Drucksache als PDF](#) Verpflegung der Bundeswehr
- 20/9402 [Drucksache als PDF](#) Steigerungen der Betriebsausgaben der Bundeswehr im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024
- 20/9404 [Drucksache als PDF](#) Angaben der Bundesregierung zur Priorisierung des Nachhaltigkeitsschwerpunktes der G20-Mitgliedsstaaten beim G20- Tourismusministertreffen in Goa, Indien (Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/8752)
- 20/9405 [Drucksache als PDF](#) Sanierung von Sporthallen nach Unterbringung von Flüchtlingen
- 20/9411 [Drucksache als PDF](#) Erneutes Abendessen der Bundesregierung mit Verfassungsrichtern vor wichtiger Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
- 20/9412 [Drucksache als PDF](#) Chargenfreigabetests zur Prüfung des COVID-19-Impfstoffs Comirnaty
- 20/9292 [Drucksache als PDF](#) Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr insbesondere durch Mitglieder der Bundesregierung und ihre Familienangehörigen seit Mai 2022 -20/8171-
- 20/9324 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des deutschen Chipherstellers Infineon in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8999-
- 20/9328 [Drucksache als PDF](#) Fachkräftemangel in der Landwirtschaft -20/9034-
- 20/9330 [Drucksache als PDF](#) Möglicher Insektenrückgang in der Agrarlandschaft -20/8927-
- 20/9331 [Drucksache als PDF](#) Entwicklungen im Bereich der Bahn-Sabotage bei der Deutschen Bahn AG -20/8808-

- 20/9336 [Drucksache als PDF](#) Anzahl von Ausländern und ausländischen Kindern in Deutschland -20/9035-
- 20/9426 [Drucksache als PDF](#) Sensible, rote und gelbe Gebiete mit Nutzungseinschränkungen bei der Pflanzenproduktion und dem Schutz der Kulturpflanzen in Deutschland
- 20/9427 [Drucksache als PDF](#) Aktionen der „Kabul Luftbrücke“ während der Evakuierungsmaßnahmen der Bundesregierung aus Afghanistan und ihre Folgen
- 20/9450 [Drucksache als PDF](#) Digitalpolitische Aspekte der China-Strategie der Bundesregierung
- 20/9451 [Drucksache als PDF](#) Erwerb, Verwendung und Präsenz des Deutschen und des Französischen in der deutsch-französischen Freundschaft
- 20/9459 [Drucksache als PDF](#) Religionsfreiheit in Bezug auf die russisch-orthodoxe Kirche in der Ukraine sowie der EU
- 20/9431 [Drucksache als PDF](#) Zuwendungen und Ausgaben des Bundes aus dem Einzelplan 09 im Jahr 2023 -20/9104-
- 20/9438 [Drucksache als PDF](#) Anschreiben an Landtagsabgeordnete im Rahmen eines Forschungsvorhabens -20/9051-
- 20/9442 [Drucksache als PDF](#) Umsetzbarkeit und Zielorientierung der China-Strategie der Bundesregierung -20/8890-
- 20/9489 [Drucksache als PDF](#) zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Haushaltsslage
- 20/9460 [Drucksache als PDF](#) Förderung und rechtliche Absicherung angepasster Agroforstsysteme
- 20/9505 [Drucksache als PDF](#) Abschaffung der CO2-Bepreisung statt Erhöhung zum 1. Januar 2024
- 20/9506 [Drucksache als PDF](#) Gleichbehandlung zwischen kleinen Brennereien und kleinen Brauereien herstellen
- 20/9507 [Drucksache als PDF](#) Zinsen beim Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau deckeln – Kostenfalle stoppen
- 20/9509 [Drucksache als PDF](#) Polizeiliche Analyse-Software Bundes-VerA unverzüglich einführen – Bewährte Software zur Bekämpfung von Clankriminalität nutzen

- 20/9499 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zum Erhalt von Streuobstwiesen und Kleinbrennereien
- 20/9465 [Drucksache als PDF](#) Aktivitäten der Bundesregierung gegen den sich seit dem 7. Oktober 2023 offen zeigenden Antisemitismus in Deutschland
- 20/9466 [Drucksache als PDF](#) Medienpolitik der Deutschen Bahn AG
- 20/9472 [Drucksache als PDF](#) Sachbeschädigungen und Sachschaden durch die Letzte Generation
- 20/9473 [Drucksache als PDF](#) Ausmaß mehrfacher Asylfolgeanträge durch denselben Antragsteller mit der Folge eines immer wieder neu eröffneten Zugangs zum deutschen Sozialsystem
- 20/9474 [Drucksache als PDF](#) Vorfall am Hauptbahnhof in Mainz im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei
- 20/9480 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Kamerun
- 20/9481 [Drucksache als PDF](#) Ergebnisse der Bedarfsanalyse Lademöglichkeiten für Nutzer ohne eigenen Stellplatz
- 20/9482 [Drucksache als PDF](#) Überwachung der Landwirte durch digitale und flächendeckende Agrarkontrollen
- 20/9445 [Drucksache als PDF](#) Unterstützer der Terrororganisation Hamas in Deutschland -20/9065-
- 20/9446 [Drucksache als PDF](#) Details zu den sogenannten Grünen Gründungen - 20/9103-